

Heinz Dankenbring rückt Entschädigungen für Nachkommen in den Fokus

Das Leid der Kinder und Enkel

Das Kind kam schwerstbehindert zur Welt. „Multiple Extremitätenmissbildungen“, wie es die Mediziner nennen. Links ein Oberarm mit heraushängendem Daumen. Rechts unten ein direkt ans Becken angesetzter Fuß. Am linken Unterschenkel ein Klumpfuß.



Organische Leiden und Missbildungen brachten den Jungen einst an den Rand des Todes. Sein Vater arbeitete bei der Bundeswehr, und zwar an einer Radarabteilung. Zwei weitere Kinder, die damals im selben Krankenhaus behandelt wurden, wiesen ähnliche Missbildungen bei gleicher Familienanamnese auf, schrieb der damalige Chefarzt des Augsburger Josefinums an einen Kollegen. "Ich möchte an fast so etwas wie einen Zusammenhang denken."

Draußen scheint die Sonne. Doch auf dem Tisch im Wohnzimmer von Heinz Dankenbring tun sich finstere Abgründe auf: Schicksalhafter, aufgeschrieben in nüchterner Ärztesprache. Schilderungen ehemaliger Soldaten über den Ausbruch ihrer Leiden weit nach Ende ihrer Dienstzeit.

Berichte von Witwen, die ihre Männer bis zu deren Tod gepflegt haben. „Die Menschen sind verzweifelt“, sagt der frühere Radartechniker Dankenbring (75), der einst in der Kaufbeurer Luftwaffenschule und im Lechfeld stationiert war und selbst an Krebs erkrankte. Seit Jahren kämpfen der Kaufbeurer und der deutschlandweit tätige Bund zur Unterstützung Radargeschädigter um Wiedergutmachung für die Opfer. Sie werfen der Bundeswehr vor, von den Gefahren durch Strahlen bei der Arbeit am Radar an zahlreichen Standorten in den 1960er und 1970er Jahren gewusst und nicht für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gesorgt zu haben. Nach jahrelangen Diskussionen soll nun eine Stiftung mit gerade einmal sieben Millionen Euro zur Entschädigung von Radaropfern eingerichtet werden, deren Leid nicht über das Versorgungsrecht abgedeckt ist.

Längst zeigt sich jedoch, dass die Folgen von Strahleneinwirkung nicht nur eine Generation betrifft. „Immer mehr Nachkommen von Radarsoldaten melden sich“, so Dankenbring, der von derzeit 50 bis 60 registrierten Fällen bundesweit spricht. Er sieht allerdings eine „riesige Dunkelziffer“.

Viele Betroffene sind als behinderte Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt und würden kaum gegen den Staat vorgehen wollen. Vielen fehle einfach auch die Hoffnung. „Der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Dienst an der Strahlenquelle und der späteren Erkrankung ist heute in den meisten Fällen nicht mehr nachweisbar“, sagt der Kaufbeurer.

Sein Engagement für die Opfer fehlender Fürsorgepflicht sieht Dankenbring noch lange nicht beendet, auch wenn es künftig schwerer werde, zu den Verantwortlichen durchzudringen. „Mit der Bundeswehrreform hat das Verteidigungsministerium jetzt doch ganz andere

Schwerpunkte“, sagt Dankenbring. Zudem würden die Mitarbeiterzahlen in der Wehrverwaltung stark reduziert. Dennoch gibt es einen neuen politischen Vorstoß der bayerischen Staatsregierung, der auch auf seine Initiative zurückgeht.

Dass die Nachkommen betroffener Soldaten durch Erbgutschäden gesundheitliche Nachteile erleiden können, sei bislang offensichtlich übersehen worden, schreibt der bayerische Sozialstaatssekretär Markus Sackmann (CSU) an die CSU-Landesgruppenchefin im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, und Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt. „Die Familien tragen oftmals bereits seit vielen Jahren ein besonders schweres Schicksal und fühlen sich vom Staat allein gelassen.“ Sackmann appelliert an die Landesgruppe, sich dieser Regelungslücke im Soldatenversorgungsgesetz in der politischen Arbeit anzunehmen.

Davon könnte auch der heute 50-jährige Mann profitieren, der als Bub im Josefinum ums Überleben kämpfte. Um Wiedergutmachung vor Gericht einzuklagen, beantragte er Prozesskostenbeihilfe. Der Antrag sei wegen geringer Erfolgsaussichten abgelehnt worden, sagt Dankenbring. „Es ist eine Schande.“

Quelle

Bericht in der Allgäuer Zeitung vom 22. November 2011